AUS UNSEREM PRAGER BÜRO

Der Prager militärische Friedhof wurde 1732 im Osten der Landeshauptstadt errichtet, fast fünfzig Jahre später kam daneben noch ein kleiner evangelischer Friedhof dazu. Dort fanden unter anderem manche von den 286 preußischen Soldeten, die im Kriegsjahr 1866 auf dem Gebiet Böhmens gefallen waren. ihre letzte Ruhe.

Bereits 1894 wurden beide Frierdhöfe aufgehoben und die militärischen Gräber auf den de facto Prager Zentralfriedhof Wolschan (Olšany) überführt.

Der Leiter des Prager Sudetendeutschen Büros, Peter Barton, zeigte sich tief beeindruckt von der schönen Renovierung dieser Stelle aus dem Jahr 2016. Am Ort des früheren Friedhofs im Prager Stadtviertel Karolinenthal (Karlín) befindet sich noch heute eine kleine Barockkapelle, und zwar in der heutigen Žižkastraße (Žižkova), die früher auch den alten deutschen Namen Schischkastraße trug.

› Polen kürzt Fördermittel für den Deutschunterricht – Scharfe Kritik von MdB Christoph de Vries

„Gezielte Diskriminierung der deutschen Minderheit“

Die rund 300 000 Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen leiden zunehmend unter einem antideutschen Klima, das von Rechtspopulisten geschürt wird. Christoph de Vries, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, warnt von einer „gezielten Diskriminierung“.

Rechtspopulist Janusz Kowalski macht Stimmung gegen die deutsche Minderheit in Polen. Foto: januszkowalski.pl

Erst kürzlich hatte der rechte Sejm-Abgeordnete Janusz Kowalski eine Pressekonferenz vor dem Sitz der deutschen Minderheit in Oppeln abgehalten und gefordert, die staatlichen Fördermittel für den Deutschunterricht als Minderheitensprache drastisch zu kürzen. Kowalski gehört der Regierungspartei Solidarna Polska an, die eng mit der PiS kooperiert und den umstrittenen Justizminister Zbigniew Ziobro stellt.

Derzeit lernen in Polen circa zwei Millionen Menschen Deutsch, so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Und die deutsche Minderheit ist die größte von insgesamt 13 anerkannten nationalen oder ethnischen Minderheiten.

Der Sejm hat nach der Attacke von Kowalksi die Mittel für den Sprachunterricht der deutschen Minderheit um umgerechnet 10 Millionen Euro gekürzt. Der Deutschunterricht als Minderheitensprache wird infolgedessen von drei auf eine Stunde wöchentlich reduziert, was auch zur Schließung von Schulen führen könnte.

Mahnt Polen, Minderheiten zu respektieren: MdB Christoph de Vries (CDU).

Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christoph de Vries: „Die Entscheidung des Sejm, die finanziellen Mittel für den muttersprachlichen Deutschunterricht an Schulen erheblich zu kürzen, ist völlig inakzeptabel und eine echte Belastung für die deutsch-polnischen Beziehungen. Wir bedauern sehr, daß die eindringlichen Bitten seitens der deutschen Minderheit und der polnischen Opposition, diesen Schritt zu unterlassen, nicht gehört wurden. Dieser Angriff auf die Rechte der nationalen Minderheiten in Polen betrifft ausschließlich die deutsche Minderheit und ist eine gezielte Diskriminierung.“

Man betrachte dieses Vorgehen als eklatanten Verstoß gegen die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten sowie gegen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, die auch Polen ratifiziert hat, so de Vries: „Deshalb unterstützen wir das Vorhaben des Dachverbandes der deutschen Minderheiten, vor den Europarat zu ziehen und rechtliche Schritte einzuleiten.“

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete mit sudetendeutschen Wurzeln kündigte an, daß sich die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion in der kommenden Sitzungswoche mit den Außen- und Europapolitikern der Fraktion beraten werde, um die parlamentarische Befassung auf deutscher Seite anzustoßen. De Vries: „Uns liegt das freundschaftliche Verhältnis zu Polen auch auf Grund der historischen Verantwortung Deutschlands besonders am Herzen. Deshalb hoffen wir weiterhin auf ein Einlenken der polnischen Regierung und ein Abflauen nationalistischer Reflexe.“

Außerdem werde die Fraktionsgruppe unmittelbar nach Abflauen der Omikron-Welle nach Polen reisen, um sich vor Ort ein Bild über die konkreten Auswirkungen der Kürzungen für alle Minderheiten zu machen.

Janusz Kowalski wies die Kritik an seinen deutschfeindlichen Attacken als „Heuchelei“ und „Zynismus“ zurück: „Auf meine Initiative hin haben wir zu Recht die Mittel für den Deutschunterricht gekürzt, um unsere Landsleute in Deutschland zu unterstützen.“ Es sei nicht hinnehmbar, „daß Deutschland seit 30 Jahren die polnische Minderheit diskriminiert und keine Durchführungsverordnung zum Nachbarschaftsvertrag von 1991 erlassen hat, damit die Bundesländer den Unterricht von Polnisch als Muttersprache finanzieren können“.

Richtig ist jedoch: Insbesondere in den an Polen angrenzenden Bundesländern wird an einigen Schulen Polnisch als Fremdsprache angeboten.

In einem Radiointerview legte Kowalski am Montag trotzdem noch einmal nach und sagte zu seinen Landsleuten: „Wie können Sie als Pole Ihr Kind für Deutsch als Minderheitensprache anmelden und erklären, daß es die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt? Das ist doch eine Beleidigung für jeden Polen.“

Laut Auswärtigem Amt leben in Deutschland rund zwei Millionen Polen sowie Personen polnischer Abstammung und bilden damit die zweitgrößte Herkunftsgruppe. Seit über zwei Jahrzehnten ist Deutschland der wichtigste Handels- und Investitionspartner Polens. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich 2020 auf rund 123 Milliarden Euro. Und im ersten Quartal 2021 ist Polen zudem erstmals an die Stelle des drittwichtigsten Lieferanten für Deutschland gerückt.

Bereits bei ihrem Antrittsbesuch als deutsche Außenministerin hatte Annalena Baerbock im Dezember in Warschau zwar die „tiefe Freundschaft“ und die „historische Verantwortung Deutschlands“ betont, aber auch auf die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit gepocht. **T. Fricke**

› Kritische Stimmen nach Äußerung von Vlastimil Válek

Mendel, ein Tscheche? Fauxpas des Ministers

„Jan Gregor Mendel war Tscheche und Brünner“, sagte der tschechische Gesundheitsminister Vlastimil Válek (TOP 09) auf einer Corona-Pressekonferenz und wollte damit deutlich machen, daß die Tschechische Republik mit dem „Vater der Weltgenetik“ eine große wissenschaftlichte Tradition habe.

Richtig ist, daß Gregor Johann Mendel am 20. Juli 1822 in Heinzendorf bei Odrau in Österreichisch-Schlesien als Sohn einer deutschen Mutter und eines deutsch-tschechischen Vaters zur Welt gekommen ist und später in Brünn die Grundzüge der Genetik entwickelt hat.

„Der Begründer der Genetik hatte Glück, daß er das Jahr 1945 nicht mehr erlebt hat, denn dann hätten wir ihn wahrscheinlich auch beraubt und vertrieben, wenn er die Massaker während der grausamen Vertreibung überlebt hätte, wie viele andere tschechische Deutsche“, hat der tschechische Journalist Jan Šinágl den Fauxpas des Ministers kommentiert und angemerkt, daß die deutsche Minderheit „mit ihrer Arbeit und ihren Fähigkeiten einen großen Beitrag zur industriellen und kulturellen Entwicklung unseres Landes und zu seinem guten Ruf in der Welt geleistet“ habe.

Gregor Johann Mendel.

PRAGER SPITZEN

KZ-Überlebende wird 100 Jahre alt

Die Prager Holocaust-Überlebende Lisa Miková (geborene Lichtenstern) ist am Montag 100 Jahre alt geworden. Im Namen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte ihr der damalige Botschafter Dr. Christoph Israng vor zwei Jahren das Bundesverdienstkreuz überreicht. In der Begründung hießt es, Lisa Miková werde „für ihr langjähriges Engagement gegen das Vergessen nationalsozialistischer Unmenschlichkeit und für die Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen“ geehrt. Trotz ihres persönlichen Schicksals als Häftling in nationalsozialistischen Konzentrationslagern sei sie jahrzehntelang bereit gewesen, „als Zeitzeugin ihre tragischen Erlebnisse an nachfolgende Generationen, insbesondere Schulklassen, zu vermitteln“.

Präsidialkanzlei schredderte Akten

Daß der Bombenanschlag 2014 auf ein Munitionslager in Mähren von russischen Agenten verübt worden ist, daran haben die tschechischen Ermittler keine Zweifel mehr. Jetzt geht die Polizei der Frage nach, warum das Büro von Staatspräsident Miloš Zeman geheime Akten zum Fall geschreddert hat. Im Fokus ist dabei der Chef der tschechischen Präsidialkanzlei, Vratislav Mynář, der die Akten, kurz bevor die Ermittler sie auf DNA-Spuren untersuchen konnten, vernichten ließ. In einer Stellungnahme ließ Mynář erklären, man habe sich „an die gültigen Rechtsvorschriften“ gehalten.

Solidarität mit der Ukraine

Tschechien stehe voll hinter der Ukraine und lehne jegliche Form russischer Aggression ab, hat der tschechische Premierminister Petr Fiala (ODS) am Montag dem ukrainischen Botschafter in Prag, Jevhen Perebyjnis, zugesichert. Die Ukraine war auch Thema im tschechischen Sicherheitsrat, der am Dienstag über den Konflikt beraten hat. Rußland hatte in den vergangenen Wochen über 100 000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen (siehe auch Seite 1). Die Nato-Staaten befürchten einen russischen Einmarsch in das Nachbarland und haben die eigene Truppenpräsenz in den mitteleuropäischen Bündnisstaaten verstärkt.

Zahl der Toten deutlich gestiegen

Bereits 2020 ist die Zahl der Toten zum Vorjahr um 15 Prozent gestiegen. 2021 verzeichnete das tschechische Statistikamt einen weiteren Anstieg. Mit 139 600 Toten lag die Sterberate um acht Prozent über der des Jahres 2020. Das ist die höchste Zahl an Verstorbenen in der Nachkriegsgeschichte. Laut Gesundheitsministerium sind im Zuge der Coronapandemie allein im vergangenen Jahr 24 249 Menschen mit dem Virus gestorben. Die Lebenserwartung sank bei Frauen um 0,8 Jahre auf 80,6 Jahre und bei Männern um 1,1 Jahre auf 74,2 Jahre.

Literaturhistoriker Pytlík verstorben

Im Alter von 93 Jahren ist am Montag der tschechische Literaturhistoriker und Schriftsteller Radko Pytlík gestorben. Er war ein großer Kenner des Werks von Jaroslav Hašek, dem Autor des weltberühmten Romans „Der brave Soldat Schwejk“. Neben Hašek beschäftigte sich Pytlík auch mit Bohumil Hrabal, Franz Kafka und Egon Erwin Kisch.

Von der Leyen für Prags Atomkurs

Starke Unterstützung für die tschechischen Atomkraftpläne: Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, teile Prags Auffassung, Atomkraft und Gas als vorübergehend nachhaltig im Sinne der EU-Taxonomie einzustufen, sagte die Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Markéta Pekarová Adamová (Top 09), am Montagabend nach einem Treffen in Brüssel.

Slawisches Epos – Streit beigelegt

Einigung im jahrelangen Streit um die Präsentation des Slawischen Epos in Prag. Laut einem Vertragsentwurf soll die tschechische Hauptstadt das Monumentalwerk von Jugendstilmaler Alfons Mucha im Savarin-Palais am Wenzelsplatz zeigen können. Ursprünglich hatte Mucha für eine Präsentation seines Epos in der tschechischen Hauptstadt den Bau eines eigenen Ausstellungssaals zur Voraussetzung gemacht.

Sudetendeutsche Zeitung
ISSN 0491-4546
Erscheint wöchentlich freitags. Redaktionsschluß Veranstaltungstermine: Freitag 18.00 Uhr. Redakationsschluß Montag 18.00 Uhr. Chefredaktion und verantwortlich für den Inhalt: Torsten Fricke, Nadira Hurnaus. Kulturredaktion: Susanne Habel. Korrespondent in Prag: Dr. Jaroslav Šonka; Korrespondentin in Teplitz-Schönau: Jutta Benešová; Korrespondenten im Isergebirge: Stanislav Beran, Petra Laurin; Korrespondent in Berlin: Ulrich Miksch. Ständige Mitarbeit: Peter Barton, Markus Bauer, Josef Grimm, Professor Dr. Rudolf Grulich, Dr. Wolf-Dieter Hamperl, Kathrin Hoffmann, Peter Pawlik, Herbert Ring, Karl Reitmeier, Hildegard Schuster, Lexa Wessel. Verlagsassistentin: Birte Rudzki. Anschrift für alle: Hochstraße 8, 81669 München. Redaktion: eMail *zeitung@sudeten.de;* Verlag: Telefon (089) 48 00 03 80, eMail *svg@sudeten.de.*
Jahres-Abonnement 2021 Inland als Postvertriebsstück im Lastschriftverfahren 125,00 EUR einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer. Ausland 154,00 EUR, Luftpost auf Anfrage. *Reichenberger Zeitung* (24 Ausgaben jährlich) 62,50 EUR, *Neudeker Heimatbrief* (12 Ausgaben jährlich) 31,25 EUR. Je Rechnung 2,00 EUR Aufschlag. Bankverbindung: Postbank München – IBAN: DE13 7001 0080 0005 7278 08, BIC: PBNKDEFF; Abbestellungen mit einer Frist von vier Wochen zum Vierteljahresschluß schriftlich an den Verlag. Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1. Januar 2021; Anzeigengestaltung erst nach Auftrag.
© 2021 Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft. Diese Zeitung ist mit allen Texten und Bildern urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Vervielfältigung und Verwertung – insbesondere auch Weitergabe in Form von Kopien oder Einstellen ins Internet – sind ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nichts anderes ergibt. Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Sudetendeutschen Landsmannschaft wieder. Gerichtsstand und Erfüllungsort München. Kein Entschädigungsanspruch bei Nichterscheinen oder Nichtlieferung infolge Streik oder höherer Gewalt. Keine Gewähr für nicht angeforderte Manuskripte, Bilder, Dokumente, Datenträger und Daten. Alle datenschutzrechtlichen Vorschriften werden beachtet; Einzelheiten unter *www.sudeten.de*
Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft mbH, HRB München 3796. Geschäftsführer und verantwortlich für Anzeigen: Torsten Fricke. Alleiniger Anteilseigner: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Hochstraße 8, 81669 München.
Druck und Versand: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg.

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.